



Dialog statt Ausgrenzung -

eine Antwort auf Vorwürfe seitens „juedische.at“ und anderer

Dar al Janub - Der Verein für antirassistische und friedenspolitische Initiative organisierte von 24.-27. April 2008 die Ausstellung und Veranstaltungsreihe „Palästina – Kultur im Exil“. Primäre Intention dieser Veranstaltung war es, mit der Ausstellung von palästinensischem Kunsthandwerk - das von Frauen in den Flüchtlingslagern im Libanon produziert wird, die damit ihren Lebensunterhalt in den von Elend und Not geprägten Flüchtlingslagern sichern - ein neues Projekt unserer palästinensisch-libanesischen Partner-NGO "Thabit" zu unterstützen (Details dazu unter <http://www.dar-al-janub.net/palestinianwomencenter>). Parallel zur viertägigen Ausstellung fanden als Rahmenprogramm mehrere Vorträge, Diskussionen und palästinensische Kultur- und Folkloreveranstaltungen statt.

Aus den vielen überwiegend positiven Reaktionen, die wir im Zuge unserer Veranstaltung erhalten haben, stechen leider auch eine wenige negative hervor. Da im Zusammenhang mit unseren kommenden Veranstaltungen im Dezember 2008 (z.B. Filmreihe „Palästina - Filmische Eindrücke einer Besatzung“, Vortrag des israelischen Historikers Professor Ilan Pappé, Details dazu im Veranstaltungsprogramm unter www.dar-al-janub.net) leider ebenfalls ähnliche Reaktionen möglich sind, und da diese Positionen und Vorwürfe in ähnlicher Form immer wieder formuliert werden, möchten wir im Folgenden dazu Stellung beziehen - wir hoffen damit, Missdeutungen bezüglich unseres Vereins und unserer Arbeit aus dem Weg räumen und klären zu können:

In der „*Juedischen.at*“ wurde ein Artikel mit dem Titel „Unerschütterlich antisemitisch“ von Michaela Sivich veröffentlicht (unter www.juedische.at, Zugriff 22. April 2008). Der gleiche Wortlaut fand sich in einem offenen Brief der Autonomen Uniantifa, der einen Tag zuvor veröffentlicht wurde. Ähnliche Positionen fanden sich bereits auch schon zuvor in Artikeln und Stellungnahmen des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes *DÖW*.

Wir können nachvollziehen, dass die Inhalte unserer friedenspolitischen und sozialen Arbeit - Integration, Islam in Europa, der Konflikt Israel/Palästina - Auseinandersetzungen sind, in denen sehr unterschiedliche und teilweise auch kontroverielle Standpunkte vorherrschen. Insbesondere da wir besonderen Wert darauf legen auch Stimmen des Südens, muslimische Stimmen und die Seite der Palästinenserinnen und Palästinenser zu Wort kommen zu lassen, um so einen wirklichen und ausgeglichenen Dialog in Gang bringen zu können, ist es bis zu einem gewissen Grad nahe liegend, dass daraus leidenschaftliche Meinungsverschiedenheiten entspringen können.

In einer Zeit in der eine diffuse Islamophobie leider stärker wird, in der weltweit bedauerlicherweise der Kriegszustand zum "Normalzustand" wird und der „Kampf der Kulturen“ in der Diskussion immer mehr zu Bedeutung zu kommen scheint, finden wir es um so notwendiger einen offenen Dialog zu führen, und dazu auch unterschiedlichste Positionen zu Wort kommen zu lassen.

Wir wenden uns in unserer Arbeit nachdrücklich und kategorisch gegen jegliche Form von Rassismus und Diskriminierung, und bemühen uns um eine nachhaltige friedenspolitischen

Perspektive. Wir verwehren uns in aller Entschiedenheit gegen den Vorwurf des Antisemitismus und gegen die diffamierende Behauptung, es ginge in unserer Arbeit auch nur ansatzweise um die "Zerstörung des israelischen Staates". Vielmehr ist es unser Anliegen, alle - und in diesem spezifischen Themenschwerpunkt Palästina/Israel eben auch die palästinensischen - Seiten wahrzunehmen, um damit auch die marginalisierten Seite zu Wort kommen zu lassen und ihre Recht zu unterstützen.

Viele gemeinsame Initiativen, von jüdischen und muslimischen, von israelischen und palästinensischen Organisationen weisen dazu einen Weg: die gemeinsame Geschichte des Leides aufzuarbeiten, um so endlich zu einem friedlichen Zusammenleben in der Region und in Europa zu gelangen. Dazu bedarf es unbedingt die Wahrnehmung der anderen Seite, und nicht den Versuch ihrer Ausgrenzung, nicht den Versuch die andere Seite zum Schweigen zu bringen. Dieses Verständnis und diese Offenheit bringen wir in unseren Veranstaltungen zum Ausdruck und fordern dies ebenso von anderen ein.

Die gegen uns als VeranstalterInnen, ebenso wie gegen unsere ReferentInnen und UnterstützerInnen vorgebrachten Vorwürfe, Unterstellungen und Polemiken sind leider bekannt; die Methode der inhaltlich unrichtigen Darstellung und der politischen, sozialen und historischen Verdrehung dient leider oft dazu, das Gespräch und die Diskussion von vorne herein abzublocken und zu verhindern.

Bedauerlicherweise wird aber von den VerfasserInnen derartiger Polemiken selten auch nur ansatzweise etwas Substantielles zur Lösung der brennenden Probleme beigetragen: etwa zu den Fragen des friedlichen Zusammenlebens im Nahen Osten, der Integrations- und Partizipationsmöglichkeiten von MigrantInnen in Europa, zum Dialog zwischen der islamischen Welt und dem Westen. Diese essentiellen Fragen und Problematiken erfordern jedoch den Dialog, erfordern ein Zusammenkommen, erfordern eine möglichst breite öffentliche Debatte; gerade auch innerhalb Europas.

Zu den konkreten Unterstellungen:

Der Vorwurf des (Pro-)Islamismus soll eine Nähe zu terroristischen Organisationen suggerieren und ist in seiner Verschwommenheit juristisch schwer greifbar. An üble Nachrede grenzend, lässt es genügend Spielraum um damit unbehelligt jeden zu diskreditieren, der sich für einen Dialog mit der islamischen Welt einsetzt (oder etwa als Journalistin ein Interview führt; so wurde die bekannte und renommierte Nahostexpertin Karin Kneissl vom Herausgeber der „juedischen.at“ als "Cheerleaderin der Hesbollah" bezeichnet; nachzulesen unter: <http://www.newsletterboy.de/archiv/10569/ausgabe-33222.html>, juedische.at, Zugriff 15 Juni 2004).

Mit dem Begriff "Tarn- und Nachfolgeorganisation" wird etwas Gefährliches, Bedrohliches, und Nicht-Greifbares unseres Vereins unterstellt. Im konkreten Falle spielt diese Rolle des Bedrohungsszenarios die ehemalige Studenteninitiative "Sedunia", eine lose Initiative von Studierenden (die im übrigen weder übermäßig bedeutend, noch „islamisch“, noch „islamistisch“ war – die Verwendung dieser Worte soll abermals Assoziationen von Gefahr wecken), die nach ihrer sinnlosen und falschen Kundgebung im November 2003 kurzzeitig traurige Bekanntheit erreichte und die bereits seit geraumer Zeit zerfallen ist.

Wir als Verein für antirassistische und friedenspolitische Initiative lehnen derartige Aktionen wie die vom 9. November 2003 strikt und eindeutig ab. Wir weisen weiters den Versuch aufs Schärfste zurück, unsere antirassistische Politik in die Nähe von nationalsozialistischem und/oder faschistischem Gedankengut zu stellen.

Ebenso weisen wir den Begriff „islamistisch“ zurück. Dieser politische und islamophobe "Kampfbegriff", den die AutorInnen anwenden, greift unseren Verein an, weil Menschen unterschiedlichster Herkunft und Religion an gemeinsamen Projekten arbeiten; unter anderem auch muslimische. Die Tatsache, dass bei unseren Veranstaltungen selbstverständlich auch Menschen muslimischer Religion sprechen und zu Gast sind, dass an unseren Sprachkursen muslimische Frauen teilnehmen usw. sehen wir als große Bereicherung, nicht als Gefährdungspotenzial.

Gerade unsere Arbeit mit all den Unebenheiten, den "nicht abgeschlossenen", "nicht-festgefahrenen" Positionen und Gedanken mitsamt dem komplexen, vielfältigen und doch so produktiven Verhältnis zwischen NichtmuslimInnen und MuslimInnen, lässt uns klar erkennen, wie destruktiv von Manichäismus geprägte Weltbilder sind und wie wenig solche geeignet sind als Interpretationsmodell in einer Welt der Differenzen und Vielfältigkeiten zu dienen.

"Die Jüdische.at" und andere, ähnlich agierende AkteurInnen begeben sich damit in ein Fahrwasser der Ausgrenzung und bedient damit leider bewusst oder unbewusst islamophobe Denkmuster, wie sie immer stärker auch von rechtsextremer Seite zu hören sind. So wurde unter anderem eine Veranstaltung, bei der die Autorin Michaela Sivich als Moderatorin auftrat, im Internetforum „Gegen-islamisierung.Info“ angekündigt; ein Forum, das laut eigener Darstellung „über aktuelle Aktionen, die sich gegen die Verbreitung des Islams in unserer europäischen Heimat richten“ berichtet (nachzulesen unter: www.gegen-islamisierung.info/thread.php?threadid=1056 Zugriff 10. Mai 2008)

So wie diese Übernahme von Positionen und ihre missbräuchliche Verwendung durch rechtsextreme Kreise sicher nicht im Sinne der Autorin Michaela Sivich ist, möchten auch wir darauf hinweisen, dass eventuell unbefugte Verwendungen unserer Positionen und Argumente durch Rechtsextreme von uns in aller Entschiedenheit abgelehnt wird und wir uns ausdrücklich von solchen möglichen Vereinnahmungen distanzieren. Alle fortschrittlichen Kräfte hier in Europa sollten gemeinsam dazu beitragen, Ausgrenzung, Rassismus und Rechtsextremismus zurückzudrängen.

Selbstverständlich ist jede und jeder, der/die sich über die Arbeit unseres Vereins informieren will herzlich eingeladen, sich unsere Webseite, unsere Veranstaltungsberichte, unsere Stellungnahmen, Jahresberichte usw. anzusehen, oder unser Vereinslokal „Zentrum für Interkulturelle Begegnung“ zu besuchen.

Wir laden alle Interessierten ein, unsere Veranstaltungen zu besuchen und sich ein Bild von unserer Arbeit zu machen – möglicherweise ein wichtiger Schritt um Vorurteile abzubauen. Weiters ersuchen wir die politischen EntscheidungsträgerInnen weiterhin Institutionen und Vereinen öffentlichen Raum für offene und pluralistische Diskussionen zu geben. Dies ist gerade auch bei Themen wie dem israelisch-palästinensischen Konflikt dringend nötig, um allen Seiten die Möglichkeit zu geben ihre Positionen darzustellen und in Austausch zutreten.

Wien, November 2008

Peter Leidenmühler,
Sprecher des Vereins für Antirassistische und Friedenspolitische Initiative - Dar al Janub

weitere Informationen siehe:
www.dar-al-janub.net

Anhang:

Kurze Darstellung des Vereins und seiner Gründung

Der Verein für antirassistische und friedenspolitische Initiative wurde im Oktober 2003 gegründet. Die Entstehung des Vereins war eng verknüpft mit den bewegenden internationalen Ereignissen sowie den lokalen und gesamteuropäischen Debatten dieser Jahre. Insbesondere das endgültige Scheitern des Osloer Friedensprozesses in Palästina/Israel, der Beginn des Afghanistankrieges und des Irakkrieges und die zeitgleiche Zuspitzung der Integrationsdebatte und der Kontroverse rund um das Thema Islam & Integration waren maßgebliche Motive, die zur Bildung des Vereins beitrugen. Anfänglich von Studentinnen und Studenten vorwiegend österreichischer Herkunft ins Leben gerufen, war von Beginn an einer der Leitgedanken mit dem Verein eine Plattform zu schaffen, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft voneinander lernen und gemeinsam arbeiten können.

Antirassismusbearbeitung und Friedenspolitik in umfassender Gestalt, in Form wissenschaftlicher Vertiefung, bildungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit, kultureller und sozialer Kommunikation, Interaktion und Verständigung zählen zu den Tätigkeitsfeldern unserer Arbeit.

Prämisse für eine ernsthafte Bemühung in diesen Bereichen ist für uns eine weitreichendere Definition von Antirassismus, Integrationsarbeit und Friedenspolitik.

Qui desiderat pacem, praeparet pacem

(Wer den Frieden will, bereite den Frieden vor)

Friede ist nachweislich nicht die bloße Abwesenheit von Krieg. Viele, zum Teil sehr verschiedene Faktoren führen zu militärischen bzw. bewaffneten Konflikten zwischen Ländern, Völkern oder ethnischen und religiösen Gruppen. Daher gilt es die Ursachen und Hintergründe für Konflikte genau zu untersuchen und verstehen zu lernen. Dauerhafter Friede basiert auf Wohlstand und Gerechtigkeit; wo Unrecht herrscht, wird es immer wieder Anlässe für Rebellion und bewaffnete Konfrontationen geben. Umgekehrt findet das Schüren von Konflikten immer wieder als Mittel kolonialistischer Expansions-, Macht und Interessenspolitik Verwendung. Historisch wie gegenwärtig verschleiern "militärische Friedenseinsätze" und politische Interventionen oftmals das machtpolitische Kalkül der "Friedensmission". Will man sich hingegen ernsthaft für dauerhaften und gerechten Frieden einsetzen, ist es umso entscheidender bei der Beurteilung lokaler und regionaler Feindschaften und bewaffneten Kämpfen die koloniale Attitüden und rassistischen Schemata zu durchbrechen, die oftmals den Protagonisten "Unzivilisiertheit" und Fanatismus unterstellen. Vielmehr gilt es die Interessen überregionaler Akteure und die historisch-kolonialen Hinterlassenschaften zu ergründen, um sich den Ursachen des jeweiligen Konfliktes anzunähern. Hier setzen wir als Verein mit unserer bildungspolitischen und wissenschaftlichen Arbeit an, um unter anderem über öffentliche Veranstaltungen, Symposien, Seminaren, Workshops und wissenschaftsjournalistischen Publikationen eine Sensibilisierung und inhaltliche Vertiefung der öffentlichen Debatte zu erwirken.

Die Länder des Südens, Europa und der arabisch-islamische Raum

Der Beiname des Vereins für antirassistische und friedenspolitische Initiative sowie des Vereinslokals - "*Dar al Janub*" - kommt aus dem Arabischen und bedeutet "*Haus des Südens*". Mit diesem Namen verbinden wir zugleich unsere Agenda als Teil des Dialogs zwischen den Ländern des Südens und Europas, als Brücke zwischen Europa und dem Süden. Dieser Dialog und die interkulturelle Begegnung findet sowohl zunächst im Dar al

Janub selbst - als organisatorischer Rahmen - als auch in unserer antirassistischen und friedenspolitischen Arbeit nach außen hin statt.

Als Teil einer europäischen Verbindungsstelle zwischen Europa und dem arabischen Raum erachten wir es als unsere Aufgabe für eine eigenständige europäische Außenpolitik einzutreten und die politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und den Ländern des Südens zu stärken.

Das politisch geeinte Europa versteht sich als Friedensprojekt, und die Europäische Union gehörte zu den aussichtsreichsten Anwärtern für den Friedensnobelpreis bei den Nominierungen in Oslo 2007. In der Außenpolitik der EU zählt der Arabische Raum zu den bedeutendsten geostrategischen Regionen und zu einem wichtigen regionalen Nachbarn. Nicht umsonst gehört der größte Konfliktherd im Nahen Osten - Palästina - zu den Schwerpunktländern der österreichischen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit (EZA), ist dessen ungeachtet jedoch - gemessen an der Zahl der Projekte - völlig unterrepräsentiert. Die EU könnte - trotz der historischen Bürde seiner kolonialen Vergangenheit - als internationale Kraft fungieren, die ferner auch von arabischer Seite als grundsätzlich vertrauenswürdig und neutral anerkannt wird.

Gegenwärtig ist die Außenpolitik der EU jedoch kraftlos und schwankend; neben vereinzelten mutigen Schritten hin zu einer selbst- und eigenständigen EU-Außenpolitik, abseits der fatalen und brandgefährlichen US-Politik, fällt die EU stets wieder in mutlose bürokratische Administration der von den USA beschlossenen Verordnungen (Stichwort Anapolis 2007) und hegemoniale Überheblichkeit (Stichwort Lateinamerikagipfel 2006, Afrikagipfel 2007) zurück.

Gleichzeitig gibt es in der europäischen Öffentlichkeit und bei europäischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger Lücken, was die Kenntnis der arabischen/islamischen Gesellschaften betrifft. Aus diesem Grunde erscheint es uns umso wichtiger diese Lücken zu schließen und eine Sensibilisierung für die Sachlage zu schaffen.

Desgleichen erachten wir es als unsere Verpflichtung als europäische, international orientierte NGO die zivilgesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und an den nachahmenswerten Perspektiven einer emanzipierten, selbständigen, brückenbauenden, friedensstiftenden und couragierten EU-Außenpolitik festzuhalten.

Hilfsprojekte

Parallel dazu führt der Verein für antirassistische und friedenspolitische Initiative schon seit einiger Zeit konkrete kleinere Hilfsprojekten in Palästina und im Libanon durch. Beginnend mit einer vom Verein organisierten Delegation und Fact-Finding-Mission im Sommer 2005 in die palästinensischen Flüchtlingslager und in Kooperation mit dem Österreichischen Roten Kreuz wurden dringend benötigte Medikamente an Krankenhäuser, Spitäler und medizinische Hilfsorganisationen gespendet. Nach den israelischen Angriffen auf den Libanon im Sommer 2006 wurden vom Verein - ebenfalls in Kooperation mit dem ÖRK in einer Soforthilfsmaßnahme Medikamente zur Notversorgung an Partner-NGOs vor Ort geschickt.

Geplant sind weitere und längerfristige Hilfsmaßnahmen und Hilfsprojekte im Libanon und in Palästina aufzubauen.

Projektiert sind Kooperationen und Synergien mit palästinensischen und libanesischen Partner-NGOs, die den Menschen die Möglichkeit bieten ihre kulturelle, soziale und politische Identität zu wahren und subsistenzwirtschaftliche Projekte zu realisieren.

Neben dem - derzeit nur in sehr beschränktem Rahmen möglichen - Vertrieb palästinensischer Produkte wie Olivenöl, Seifenprodukte und Satar, dessen Reinerlös direkt an die Produzentinnen und Produzenten geht, gibt es über unseren Verein und in Kooperation mit palästinensischen NGOs auch die Möglichkeit eine Patenschaft für palästinensische Kinder in den Flüchtlingslagern zu übernehmen.

Integrationsprojekte im Dar al Janub - Zentrum Interkultureller Begegnung

Zu einem gleichermaßen zentralen Bestandteil unserer Arbeit zählt die Integrationspolitik, zumal Migration ein Abbild von Krieg, Verfolgung und wirtschaftlicher Dependenz darstellt. Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen - seien die Gründe dafür Krieg, politische bzw. ethnische Verfolgung oder wirtschaftliche Not - sind in Europa einer Doppel- und Dreifachbelastung ausgesetzt. Der Verlust der eigenen Heimat, der interindividuelle Grund für den konkreten Migrationsentschluss, der Integrationsdruck und die Konfrontation mit offenen und subtilen Formen von Rassismus in den Aufnahmeländern erschweren es den Migrantinnen und Migranten ihr Leben in der neuen Heimat selbstbestimmt zu gestalten.

Wir definieren die Ziele von Integrationspolitik in unserer konkreten Arbeit jedoch nicht als einen Assimilationsprozess, welcher das kulturelle und soziale Rückgrat der Menschen mit Migrationshintergrund brechen soll und eine bedingungslose Anpassung und Nivellierung fordert, sondern als einen beidseitig bereichernden Prozess. Neben afrikanischen Migrantinnen und Migranten sind insbesondere auch Migrantinnen und Migranten aus arabisch/muslimischen Ländern am häufigsten von Rassismus, Xenophobie und Akkulturationsdruck betroffen.

Mittels integrationspolitischer Öffentlichkeitsarbeit, interkulturellen Frauenabenden, kostenlosen Deutschkursen, Workshops und kultureller Dialoge versuchen wir mit Dar al Janub ein interkulturelles Zentrum zu schaffen, in dem ein integrationspolitisches Verständnis, konkrete Partizipation und Zusammenkommen realisiert werden kann.